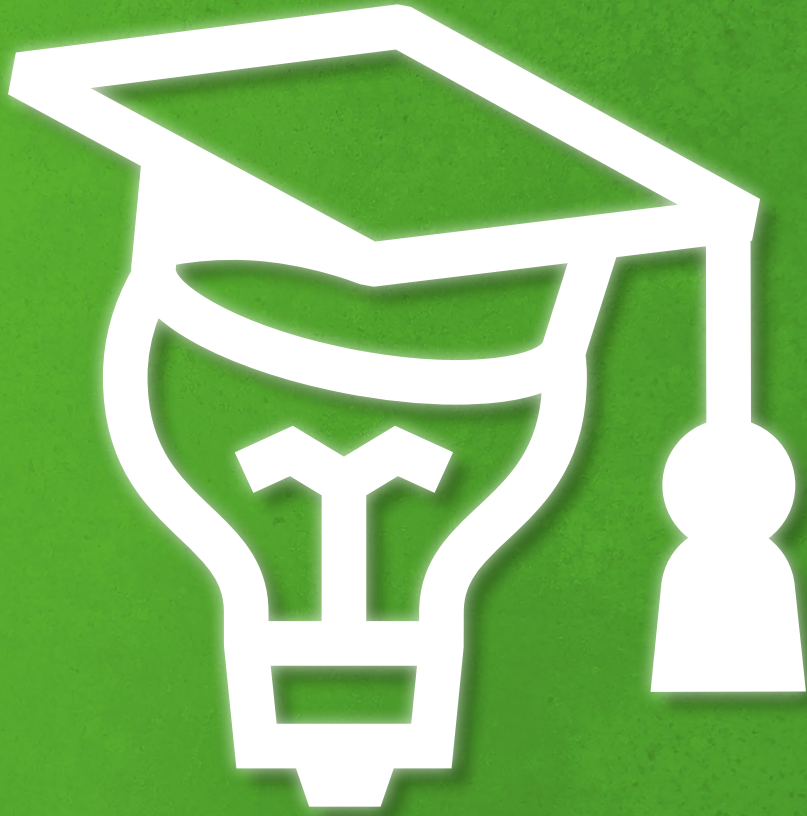


KONZEPTPAPIER

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG BAYERN



BERUFLICHE BILDUNG

KONZEPTPAPIER BERUFLICHE BILDUNG

0. Abstract:

Angesichts der großen Herausforderungen der von Wandel geprägten Zeit liegt die enorme Aufgabe einer zukunftsfähigen Neugestaltung unserer Welt in den Händen nachfolgender Generationen. Die berufliche Bildung stellt eine entscheidende Grundlage für Innovation sowie für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung dar. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muss berufliche Bildung von der Berufsorientierung von der Schule bis hin zum Berufsabschluss neu gedacht und gestaltet werden.

Aktuell reiht sich in der Welt der beruflichen Bildung ein Mangel an den anderen. In Betrieben mangelt es an Nachwuchs, in Berufsschulen und überbetrieblichen Bildungsstätten an Lehrkräften, aber auch an zeitgemäßer Ausstattung. Trotzdem gilt das duale Ausbildungssystem nach wie vor als eine der tragenden Säulen der Wirtschaft und als weltweites Vorbild. Wir wollen dieses Potential vollständig ausschöpfen und exzellent ausgebildete Nachwuchskräfte mit Visionen in die Arbeitswelt der Zukunft entlassen.

Dazu decken wir mit diesem Konzeptpapier die wichtigsten Aspekte der beruflichen Bildung ab, indem wir konkrete Ziele und Maßnahmen unter anderem für die Bereiche Lehrkräfteabdeckung, Berufsorientierung, Ausstattung, Fortbildung, moderne Lehr-Lern-Konzepte sowie Chancengleichheit formulieren. Mit unserem 10-Punkte-Plan wollen wir GRÜNE die berufliche Bildung und somit die zukünftige Arbeitswelt nachhaltig stärken.

I. Situationsanalyse:

• Nachwuchsmangel

Die Berufsausbildung qualifiziert junge Menschen für den Eintritt ins Arbeitsleben und eröffnet vielseitige Karrieremöglichkeiten. Daher ist die berufliche Bildung zentraler Baustein der Fachkräftenachwuchssicherung. In vielen Berufen, Branchen und Regionen Bayerns fehlen jedoch Auszubildende. Knapp 38.000 Ausbildungsstellen und damit über 40% der gemeldeten Stellen blieben 2021 in Bayern unbesetzt. Das liegt unter anderem daran, dass die Attraktivität und Wertschätzung der beruflichen Bildung gegenüber einer akademischen Karriere stark abgenommen hat und sich immer mehr junge Menschen für ein Studium statt einer Berufsausbildung entscheiden.

• Lehrkräftemangel

Je nach Ausbildungsberuf ist die Abdeckung durch Lehrkräfte höchstunterschiedlich. Insbesondere in gewerblich-technischen Fachrichtungen als auch im sozial-pflegerischen Bereich fehlen seit Jahren entsprechend qualifizierte Lehrkräfte. Dieser Personalmangel verursacht nicht nur eine unzureichende Abdeckung des Kernunterrichts, sondern führt auch zu erheblichen Unterrichtsausfällen in den entsprechenden Ausbildungszweigen, da eine Vertretungsregelung nicht umsetzbar ist. Da der Bedarf vielerorts nicht gedeckt werden kann, werden Sondermaßnahmen zum Erwerb der Lehramtsbefähigung immer häufiger; diese bekämpfen jedoch mehr die Symptome als die tatsächliche Ursache der Problematik.

• Schwach aufgestellte Berufsschulen

Berufsschullehrkräfte brauchen mehr Einblick in Betriebe und die Industrie, um in der sich ständig wandelnden Arbeitswelt stets auf dem aktuellen Stand zu sein und diesen aus erster Hand an

Schüler*innen weiterzugeben. Die schulinternen Mittel für moderne Ausstattung sind oft nicht ausreichend, um qualitativ hochwertige und zeitgemäße Berufsbildung, die den Industriestandard abbildet, anzubieten. Insbesondere in schnelllebigen Bereichen mit hochdynamischen Entwicklungen fällt es Lehrkräften und Berufsschulen schwer, nicht zurückzufallen. Die Finanzierung der Ausstattung für Berufsschulen mit ihren Ausbildungswerkstätten bewegt sich im gleichen finanziellen Rahmen wie beispielsweise die Ausstattung von Gymnasien und Realschulen. Der Bedarf ist aber deutlich höher, insbesondere im technischen Bereich. Hier muss unbedingt bedarfsgerecht finanziert werden.

• Mangelnde Berufsorientierung in der Schule

Im Hinblick auf schulische Maßnahmen zur Berufsorientierung unterscheiden sich die verschiedenen Schularten stark. Dass die Ausbildungs- und Berufswahl eine große Herausforderung ist, wird anhand der meistgenannten Gründe für den Abbruch einer Berufsausbildung oder eines Studiums deutlich: falsche Vorstellungen der Anforderungen und Inhalte sowie mangelnde Identifikation mit dem Berufsfeld. Zudem beklagen Ausbildungsbetriebe vermehrt Defizite in der Leistungsbereitschaft und Motivation der Auszubildenden. Es wird sichtbar, wie wichtig Orientierung und Vorbereitung auf die Arbeitswelt für junge Menschen ist.

• Veraltete Ausbildungsinhalte

Der theoretische Teil der dualen Berufsausbildung hat den Vorteil, überbetriebliche Kompetenzen zu vermitteln und sich an den Vorreitern im jeweiligen Fachbereich, die den aktuellen Stand der Technologie umzusetzen wissen, zu orientieren. Stattdessen sind Ausbildungsinhalte und Abschlussprüfungen häufig veraltet und die Inhalte decken aktuelle Entwicklungen wie Globalisierung, Digitalisierung und Klimakrise nicht ab. Eine Modernisierung der Rahmenlehrpläne und Ausbildungsordnungen der jeweiligen Berufe und die Etablierung neuer Berufsbilder nimmt viel Zeit in Anspruch und wird häufig verspätet in die Praxis umgesetzt. Ohne einen Paradigmenwechsel verliert die Berufsbildung zunehmend an Wert und verschärft den Fachkräftemangel, statt ihm entgegenzuwirken.

• Mangelnde berufliche Integration

Chancengleichheit ist ein Grundbaustein für das Gelingen von Integration, insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt. Wer jedoch keinen lückenlosen Werdegang vorweisen kann, sei es aufgrund von Familienplanung, Arbeitslosigkeit, Wechsel des Berufszweiges oder Einwanderung, steht vor der Bewältigung großer Herausforderungen. Dass junge Migrant*innen auf Ausbildungsplatzsuche gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund häufig benachteiligt werden, ist nachweislich eine Folge struktureller Diskriminierung.

Auch haben es Menschen mit Behinderung oder Leistungsschwäche häufig schwer, in den Arbeitsmarkt zu finden oder werden auf ihrem Weg ins Berufsleben mehrmals abgewiesen.

• Schlechte Rahmenbedingungen in Mangelberufen

Dass in Mangelberufen aus dem gewerblich-technischen und sozial-pflegerischen Bereich nicht genügend Arbeitnehmer*innen zur Besetzung offener Stellen zur Verfügung stehen, liegt unter anderem an den schlechten Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen. Niedrige Löhne während und nach der Ausbildung, lange Arbeitszeiten und schwere körperliche Arbeit sind Gründe dafür, dass sich zu wenig junge Menschen für diese Berufe entscheiden.

• Unbekannt und unterfinanziert – die beruflichen Bildungsstätten der Kammern

Viele Ausbildungsberufe schreiben als dritte Säule der Ausbildung pro Ausbildungsjahr ca. 6 Wochen verpflichtende Kurse vor. Damit werden Ausbildungsnachteile und Unterschiede ausgeglichen, da gerade kleinere Betriebe oft nicht das komplette Spektrum des jeweiligen Berufsbildes vermitteln können, am Ende der Ausbildung sollen die gleichen Kompetenzen vorhanden sein. Diese sogenannten

überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungen sind weitestgehend unbekannt und erfahren somit weder Aufmerksamkeit noch Wertschätzung, sind aber von enormer Bedeutung für die Qualität der Ausbildung. Diese Bildungsstätten sind allerdings sowohl materiell wie auch personell sehr mangelhaft ausgestattet. Aufgrund der ungenügenden finanziellen Struktur können beispielsweise die Gehälter der festangestellten Ausbilder*innen nicht mit den Gehältern auf dem freien Arbeitsmarkt konkurrieren. Das hat zur Folge, dass sich für die heutige Generation der Ausbilder*innen, die zumeist im Alter zwischen 50-60 Jahren ist, nur schwer Nachfolge findet. Damit ist die kontinuierliche überbetriebliche Ausbildung der Auszubildenden gefährdet.

- **Schlechte Ausstattung der Meister*innenschulen**

Auch die Ausbildungen zu Meister*innen finden in den beruflichen Bildungsstätten statt, zu großen Teilen in Teilzeit berufsbegleitend. Die Ausbilder*innen sind im Wesentlichen ehrenamtliche Dozierende und nur in manchen Bereichen festangestellt. Die Nachfolge dieser Dozierenden ist nicht mehr gewährleistet, da beim anstehenden Generationenwechsel die Bereitschaft der Ehrenamtlichen aufgrund ihrer eigenen Arbeitsbelastung stark reduziert ist, auch der eigene Wunsch nach mehr Zeit mit der Familie steht dem zusätzlichen Einsatz abends und am Wochenende im Wege. Eine bessere finanzielle Ausstattung ist notwendig, die Aus- und Weiterbildung muss durch mehr hauptamtlich Auszubildende und Prüfende sichergestellt werden.

- **Risikant - Ehrenamtliches Prüfungswesen**

Die praktischen Prüfungen am Ende einer (Meister*innen-)Ausbildung werden von ehrenamtlichen Prüfer*innen abgenommen. In den kommenden Jahren gehen immer mehr dieser Prüfer*innen in den Ruhestand und es kommt nicht ausreichend Nachwuchs nach, da die Prüfungsabnahme mit sehr wenig Geld vergütet wird. Dieser Personalmangel verursacht ein großes Risiko für die berufliche Bildung.

Für uns als Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht fest: werden die aktuellen Herausforderungen nicht angegangen und die Berufsbildung nicht deutlich gestärkt, wird dies erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen.

II. Unsere Ziele:

- **Wertschätzung:**

Bayern braucht nicht nur Master, sondern Meister*innen, Fachleute, Handwerker*innen und Praktiker*innen. Mit der Berufsausbildung - dual wie fachlich - und zahlreichen exzellenten Ausbildungsbetrieben sind wir in Bayern bestens aufgestellt. Die berufliche und akademische Bildung ist gleichwertig. Damit die berufliche Bildung auch auf Augenhöhe stehen kann, muss sie politisch wertgeschätzt und gestärkt werden. Um den Zugang zu beruflichen Bildungsprogrammen mehr Menschen zu ermöglichen und diesen Bildungsweg auch auf finanzieller Ebene mit einem Studium gleichzustellen, muss eine Erstattung der Kosten für die Meister*innen- und Techniker*innen-Ausbildung durch den Freistaat erfolgen. Die berufliche Bildung und ihre gesellschaftliche Anerkennung brauchen deutliche Aufmerksamkeit, um dem immer weiter zunehmenden Mangel an Fachpersonal entgegenzuwirken.

- **Zukunftssicherung:**

Die berufliche Bildung ist der Schlüssel für die Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben. Unser Ziel ist, dass gute Lebensbedingungen für nachfolgende Generationen mindestens genauso gewährleistet sind, wie für die heute lebende Gesellschaft. Der Jugend kommt angesichts der großen Herausforderungen einer weiterwachsenden Weltbevölkerung und des zunehmenden Ressourcenbedarfs eine besondere Aufgabe an einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung für sich und die nachfolgenden Generationen zu. Dem gegenüber stehen jedoch vielseitige Chancen durch Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeits- und

Bildungswelt, die eine weitreichende Neuausrichtung der beruflichen Bildung ermöglichen.

- **Berufsorientierung:**

Alle Schularten müssen aus unserer Sicht in der heutigen Zeit auf den Einstieg in die Berufswelt vorbereiten. Wir wollen die Vorbereitung auf eine duale Ausbildung als Auftrag für alle Schularten im Gesetz und in den Lehrplänen festschreiben. Allen Schüler*innen muss daher die Möglichkeit geboten werden, ihre vielfältigen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt zu kennen und Unterstützung bei der Berufswahl zu erhalten. Um den Übergang von der Schule ins Berufsleben zu erleichtern, müssen mehr Berührungspunkte mit der Arbeitswelt in der Schule geschaffen und realitätsnahe Praxiserfahrungen ermöglicht werden. Schulabgänger*innen müssen außerdem dabei gefördert werden, eigenes Potenzial zu erkennen sowie Stärken und Talente im Hinblick auf die Berufsentscheidung zu entdecken. Persönlichkeitsbildung ist ein wichtiger Aspekt in der beruflichen Orientierung, damit junge Menschen einer in Bewegung stehenden Gesellschaft selbstständig und souverän begegnen können.

- **Ausstattung an Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten:**

Berufliche Schulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten müssen sowohl personell als auch technisch gut aufgestellt sein, um allen Auszubildenden den zugesicherten qualitativ hochwertigen Unterricht in vollem Umfang anbieten zu können. Unsere Ziele sind eine vollständige Unterrichtsabdeckung, die Platz für Ausfälle und Lehrkräftefortbildungen bietet sowie eine Unterrichtsgestaltung, die berufsübergreifend aktuelle Entwicklungen berücksichtigt und flexibles sowie digitales Lehren und Lernen zulässt.

- **Professionalisierung im Prüfungswesen des Handwerks:**

Das System der ehrenamtlichen Prüfer*innen wird wegen der vorhandenen Altersstruktur zunehmend zum Risikofaktor. Hier wollen wir vermehrt auf festangestellte Ausbilder*innen und Prüfer*innen setzen, die dafür notwendige Finanzstruktur muss geschaffen werden.

III. Der Weg dorthin – konkrete Maßnahmen:

Unser 10-Punkte-Plan zur Stärkung der Berufsbildung an der Schule, in der Ausbildung und Fort- und Weiterbildung

Punkt 1: Die Lehrkräfteabdeckung der beruflichen Schulen wird verbessert, so dass eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung des Pflichtunterrichtes in einem ersten Schritt und eine integrierte Lehrkräftereserve zum Ausgleich von Unterrichtsausfällen in einem zweiten Schritt erreicht werden. Dafür ist ein Stufenplan zur Aufstockung der Mittel in den kommenden Haushaltsplänen nötig. Damit einhergehend muss für den Lehrberuf an den beruflichen Schulen - insbesondere in Ausbildungsberufen mit derzeit zu wenig Lehrkräften - mehr geworben werden.

Punkt 2: Den beruflichen Schulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten muss vom Freistaat ein ausreichender Etat für personelle sowie materielle Ausstattung und Fortbildung zugewiesen werden. Eine optimale Ausstattung ist das A und O für einen modernen Unterricht. Es muss gewährleistet werden, dass die technische Ausstattung in den beruflichen Schulen und Ausbildungsstätten ähnlich ist wie in den Betrieben. Auch die Lehrkräfte der beruflichen Schulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten müssen in ihrem Know-how anschlussfähig bleiben. Ein gesondertes Budget, das passgenaue Schulungen für berufliche Lehrkräfte finanziert, mehr Spielraum für Anrechnungsstunden gewährt und den Ausbau ausreichender Funktionsstellen ermöglicht, wird benötigt.

Punkt 3: Berufliche Orientierung durch verpflichtende Betriebspraktika in Ausbildungsberufen, berufspraktische Inhalte und Beratung für den Weg zur Ausbildung muss an allen Schularten ab der 7.

Klasse fest verankert werden. Die Schüler*innen sollen auf ihrem Weg zum Abschluss individuell und kontinuierlich bei ihrer Berufswahl begleitet werden und das breite Spektrum beruflicher Tätigkeiten kennenlernen. Die überholten Vorstellungen von geschlechtsstereotypischen Potentialen dürfen nicht länger zum Tragen kommen. Berufsorientierung soll dazu beitragen, dass Schüler*innen aller Geschlechter all ihre Talente und Interessen entwickeln, erkennen und nutzen können. Die Qualifikation und Einbindung von Schulleitungen und Lehrkräften in schulische Berufsorientierungsmaßnahmen sind essenziell für zielführende Berufsorientierung an Schulen. Daher wird Berufsorientierung in die grundständige Lehrkräfteausbildung aller Lehramtsstudiengänge integriert. Dadurch wird Berufsorientierung auch als inhaltliche Anforderung für das Lehramt an Gymnasien, Realschulen und berufsbildenden Schulen Berücksichtigung finden. Zudem müssen Lehrkräftefortbildungen in den Bereichen Projektmanagements und Netzwerken verstärkt angeboten werden, um die Vernetzung von Lehrkräften mit der Wirtschaft voranzutreiben.

Punkt 4: Die Arbeitsbedingungen in vielen Berufszweigen sowohl während als auch nach der Ausbildung müssen verbessert werden. Auszubildendenmangel und schlechte Arbeitsbedingungen wie geringe Entlohnung und körperliche Belastung gehen oft einher. Um den Nachwuchsmangel zu bewältigen, sind bessere Rahmenbedingungen für gute Arbeit, die Ausbildungsbetriebe und -berufe für junge Leute attraktiv machen, erforderlich. Dazu gehört eine höhere Bezahlung der Ausbildung, aber auch eine zeitgemäße Unternehmensatmosphäre, die Flexibilität sowie Individualität zulässt und Auszubildende aktiv in das Betriebsgeschehen einbindet. Zudem muss eine gleichberechtigte Wertschätzung aller Berufe in den Schulen und in der Gesellschaft umgesetzt werden.

Punkt 5: Berufliche Bildung muss mit der Zeit gehen. Es gilt, Ausbildungsordnungen hinsichtlich Ausbildungsberufsbild, Ausbildungsrahmenplan sowie die Abschlussprüfungen an die Veränderungen durch technologischen Fortschritt und aktuelles Zeitgeschehen anzupassen. In diesem Zuge spielt auch die Internationalisierung der Arbeitswelt eine Rolle, die Englisch im beruflichen Kontext für nahezu alle Berufe unverzichtbar macht. Daher muss es in der Berufsschule und im Betrieb ernsthaft behandelt und angewandt werden. Auszubildende sollen mit ihren erlernten beruflichen Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten die Zukunft mitgestalten. Dies kann nur gelingen, wenn die Ausbildung an aktuelle Entwicklungen angepasst wird.

Punkt 6: Durch den Wandel der Anforderungen moderner Arbeitsmärkte ist eine Neuausrichtung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung notwendig. Durchlässigkeit und Zusammenarbeit zwischen Hochschulbildung und beruflicher Bildung sollen einen Bildungsweg für junge Menschen, die sich zwar höhere Bildungsabschlüsse, aber auch einen starken Praxisbezug in der Ausbildung wünschen, ermöglichen. Mit dualen und trialen Studiengängen ist ein Bildungstypus entstanden, der die bisher stark voneinander getrennten Bildungssektoren der beruflichen und akademischen Bildung miteinander verzahnt. Diese Vernetzung ist von großem Wert, da sie eine unmittelbare berufliche Einsetzbarkeit von Absolvent*innen zulässt. Duale und triale Studiengänge machen die Berufsausbildung leistungsfähiger und anforderungsgerechter - und zudem attraktiver für Abiturient*innen -, weshalb es nun gilt, das Modell auf weitere Branchen und Berufszweige auszuweiten. Die Gleichwertigkeit beruflicher Abschlüsse mit schulischen und akademischen Abschlüssen nach dem Europäischen Qualifikationsrahmen muss im gesamten Bildungswesen, in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowohl in Rechtsverordnungen als auch praktisch umgesetzt werden.

Punkt 7: Um die Nachwuchsgewinnung auszubauen, müssen auch Absolvent*innen mit Abitur für den beruflichen Bildungsweg angeworben werden. Duale und triale Studiengänge stellen bereits einen wichtigen Baustein dazu dar. Spezielle Ausbildungsprogramme für Abiturient*innen sind bisher insbesondere im kaufmännischen und technischen Bereich angesiedelt. Eine Ausweitung auf den sozialen und handwerklichen Bereich ist notwendig, um künftig mehr Abiturient*innen zu gewinnen. Berufliche

Bildungsprogramme für Schulabgänger*innen mit Abitur müssen gefördert werden und gesellschaftlich einen identischen Stellenwert wie ein Studienabschluss erhalten. Erfolge regionaler Initiativen wie „Abi plus Auto“ oder „Abi plus Metall“ müssen ausgeweitet und bayernweit etabliert werden. Die beruflichen Schulen müssen zudem Abiturient*innen, die eine Ausbildung machen, ihrem Leistungsniveau entsprechende Zusatzangebote anbieten können.

Punkt 8: Berufliche Schulen waren und sind durch ihre Vielfalt und Praxisnähe Innovationstreiberinnen in der Bildungslandschaft. Sie sind zudem die Schulen mit der heterogensten Schüler*innenschaft: Um allen Jugendlichen eine individuelle Förderung entsprechend ihren Bedarfen zu ermöglichen, müssen die beruflichen Schulen besser finanziert werden. Es gilt, die Chancen der Digitalisierung und die in der Corona-Krise gewonnenen Erfahrungen unmittelbar zu nutzen. Wo sinnvoll und zielführend, müssen digitale Lernkonzepte, die zeit- und ortsunabhängig funktionieren, möglich gemacht werden. Um eine solche Anpassung zielgerichtet umzusetzen, brauchen berufliche Schulen mehr Eigenständigkeit und entsprechende politische Rahmenbedingungen. Zur langfristigen Umsetzung digitaler Lehr-Lern-Konzepte ist, neben Hard- und Software, professioneller IT-Support unverzichtbar. In einer von Individualität und Wandel geprägten Zeit profitieren sowohl Schüler*innen als auch Lehrkräfte von einer flexiblen Lern- und Arbeitsumgebung, die an die persönliche Situation angepasst werden kann. Demgegenüber steht das wachsende Aufgabenspektrum von Lehrkräften, wie etwa IT-Betreuung, Kommunikationsarbeit oder Schulentwicklung, die nur durch eine Erhöhung der Anrechnungsstunden bewältigt werden können. Moderne Arbeitszeitmodelle, die zwischen Pflicht- und Wahlaufgaben unterscheiden, können zudem die tatsächlich aufgewendete Arbeitszeit und das Tätigkeitsspektrum von Lehrkräften individuell und realistisch abbilden.

Punkt 9: Es braucht passgenaue Unterstützungsangebote, damit verstärkt Gruppen erreicht werden, die bisher trotz Unterstützung keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. JoA-Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz betrachten wir nicht als Anhängsel und dürfen in Berufsschulen keinesfalls als solches angesehen werden, sondern müssen verstärkt gefördert werden, um gerade Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf einen sicheren Start ins Berufsleben und einen Ausbildungsabschluss zu ermöglichen. Die Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) muss weiterhin gesichert werden, um die individuelle Unterstützung benachteiligter junger Menschen beim Übergang vom Schul- ins Berufsleben in Bayern dauerhaft zu etablieren. Zudem gilt es zu erkennen, welche Maßnahmen zur Gleichstellung Jugendlicher mit Migrationshintergrund ausgestaltet werden können, um Sprachbarrieren und struktureller Diskriminierung entgegenzuwirken und im Gegenzug wertvolles Potential für Unternehmen zu gewinnen. Hierzu müssen die Berufsintegrationsklassen evaluiert und weiterentwickelt werden. Im Rahmen eines modernen Zuwanderungsrechts muss auch zur Gewinnung von Fachkräften die Zuwanderung in die berufliche Bildung ermöglicht werden.

Punkt 10: In 14 der 16 Bundesländer sind Bildungsfreistellungsgesetze teilweise bereits seit Mitte der 80er Jahre in Kraft. Weiterbildung verbessert nachhaltig die berufliche und persönliche Entwicklung von Arbeitnehmer*innen. Es braucht daher endlich auch in Bayern einen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit zu Bildungszwecken.

IV. Fazit:

Um wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen nachzukommen, muss ein deutlicher Wandel in der beruflichen Bildung stattfinden. Nur wenn wir an konsequenter Weiterentwicklung von Berufsschulen und Bildungsstätten, Lehrkräften sowie Ausbildungsbetrieben festhalten, können das volle Potential und die Innovationskraft unseres wertvollen dualen Ausbildungssystems genutzt und gesichert werden.

KONTAKT

Stand: 3.5.2022



Maximilian Deisenhofer, MdL

Sprecher für Sport, Medien, digitale und berufliche Bildung

Tel. 089 4126-2469

maximilian.deisenhofer@gruene-fraktion-bayern.de



Barbara Fuchs, MdL

Wirtschaftspolitische Sprecherin, Mittelstandsbeauftragte

Tel. 089 4126-2569

barbara.fuchs@gruene-fraktion-bayern.de
